

## Brexit-Referendum: EU! EU! EU!

Tausende Menschen haben in Großbritannien gegen den Brexit protestiert. In Brüssel fanden die ersten EU-Gespräche auf höchster Ebene statt.



Demonstranten protestieren vor dem House of Parliament in London gegen den Brexit.

© Dylan Martinez/Reuters

In Brüssel beraten die EU-Staats- und Regierungschefs über die Folgen des Brexit-Referendums, in London wird es derzeit schwer für Labour-Chef Jeremy Corbyn: Die Unterstützung seiner eigenen Partei schwindet.

Corbyn verlor am Dienstagnachmittag eine Vertrauensabstimmung seiner Fraktion: 172 Mitglieder der Labour-Fraktion entzogen dem Parteichef ihr Vertrauen, nur 40 hielten zu ihm. Dennoch will Corbyn nicht zurücktreten. Das Votum der Abgeordneten hat seiner Ansicht nach keine rechtliche Grundlage.

Die Tories sind da schon einen Schritt weiter: Für die Parteispitze und damit auch das Amt des Premierministers können die Politiker voraussichtlich ab Mittwoch kandidieren, wenn der Zeitplan des Auswahlverfahrens festgelegt ist. Daraus wählen die Tory-Abgeordneten zwei Kandidaten aus, zwischen denen die Parteibasis wählen soll. Am 9. September soll dann der Nachfolger von Premier David Cameron benannt werden.

In britischen Städten demonstrierten am Abend Tausende Menschen für einen Verbleib Großbritanniens in der EU. Dafür will auch die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon

kämpfen: Sie fliegt am Mittwoch nach Brüssel, um sich mit EU-Parlamentspräsident Martin Schulz zu besprechen.

Am zweiten Tag des Gipfeltreffens werden die Gespräche ohne David Cameron fortgesetzt. Noch liegt allerdings der offizielle Austrittsantrag der Briten nicht vor, daher können die Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien noch nicht beginnen. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat seiner Behörde nach eigenen Angaben jegliche Vorverhandlungen mit der britischen Seite über einen EU-Austritt verboten.

Schulz kam den Briten vor dem Gipfeltreffen ein wenig entgegen: Die Regierung in London könne sich noch einige Wochen Zeit lassen, bevor es den Antrag einreichen müsse, sagte Schulz.

## **Keine Rosinenpickerei**

Zuvor hatte es eine Debatte der EU-Parlamentarier in Straßburg gegeben. Dabei forderte eine Mehrheit der Abgeordneten, dass der Kern der EU gestärkt werden müsse und Lösungen für Mitgliedsländer "à la carte" vermieden werden sollten.

Stand: 29.06.2016